

Donnerstag, 10. April 2014, 14:17

Gewerbeverband zur Raumplanung

# Platz sparen durch baurechtliche Liberalisierungen

Donnerstag, 10. April 2014, 14:17



Der Gewerbe- und der Baumeisterverband unterstützen die Siedlungskonzentration. (Bild: Keystone)

Gewerbe- und Baumeisterverband haben sich das Credo der Siedlungskonzentration zu eigen gemacht. Schritte dazu sollen vor allem in den Gemeinden gemacht werden. Die Gewerbler wollen vorläufig keine weiteren Änderungen auf Bundesebene.

*P. S. Bern* Dem Gewerbeverband (SGV) war es zu verdanken, dass sich das Volk im März 2013 zur Revision des eidgenössischen Raumplanungsgesetzes (RPG) äussern konnte. Er hatte das Referendum gegen die Vorlage ergriffen, die auf eine Reduktion der Bauzonen und eine teilweise Abschöpfung des Mehrwerts bei Einzonungen abzielte. Neben grundsätzlichen Vorbehalten gegen Regulierungen spielte damals die Befürchtung eine Rolle, Gewerbebetriebe könnten strategischer Baulandreserven beraubt werden.

## Moratorium für RPG 2

Am Donnerstag nun hat der SGV ein Positionspapier zur Raumplanung auf allen staatlichen Ebenen vorgestellt. Im wesentlichen gehe es darum, in der Diskussion um die künftige Raumentwicklung wirtschaftlichen Gesichtspunkten mehr Gewicht zu verleihen, sagten Gewerbeverbanddirektor Hans-Ulrich Bigler und Baumeisterverband-Präsident Werner Messmer. In den letzten Jahren seien hier die beiden anderen Komponenten der Nachhaltigkeit zu stark gewichtet worden: die Aspekte Umwelt und Soziales.

Anzeige

...



Mit anderen Worten: es geht darum, den Landschaftsschützern den Primat in der Diskussion um das künftige Management des Bodens streitig zu machen. Allerdings differieren die auf eine effiziente Bodennutzung angelegten ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen in der Raumentwicklung gar nicht so sehr. Deutlich wird das anhand der Tatsache, dass sämtliche vom Gewerbeverband postulierten Massnahmen das Ziel einer optimalen Nutzung des Siedlungsraums zugrunde liegt. Anzusetzen ist gemäss Hans-Ulrich Bigler und Werner Messer vorerst nicht mehr auf Bundesebene. Für die vom Departement Leuthard angekündigte zweite Revision des RPG verlangen sie ein zweijähriges Moratorium (vgl. Kasten).

Sie pochen darauf, dass die Raumplanung Sache der Kantone ist und auch bleiben soll; die angedachte Planung in funktionalen Räumen über Kantonsgrenzen hinweg ist ihnen ein Dorn im Auge. Die wesentlichen Handlungsfelder zur Umsetzung der ersten RPG-Revision machen sie auf Gemeindeebene aus. Verdichtetes Bauen ist auch für Gewerbler und Baumeister das Gebot der Stunde; diesem soll aber nicht mit weiteren Regulierungen entsprochen werden, sondern durch Liberalisierungen. Die kantonalen Baugesetzgebungen seien zu standardisieren und die Bauordnungen in den Gemeinden zu entschlacken. Ersteres führte zu Einsparungen von mehreren 100 Milliarden Franken, letzteres würde die bessere Ausnützung der Parzellen vereinfachen.

## Ausnützung und Waldgesetz

Unter den konkreten Vorschlägen finden sich folgende Punkte:

- Die konsequente Anwendung der im Kanton Genf jüngst eingeführten Formel «je näher beim Zentrum, desto dichter bauen».
- Der Ersatz der Ausnützungsziffer durch blosse Vorgaben zur Baumasse.
- Massnahmen, um Ersatzneubauten gegenüber Renovationen attraktiver zu machen, etwa die zeitliche Ausdehnung der steuerlichen Absetzbarkeit von energetischen Massnahmen.
- Die Lockerung des Waldgesetzes. Den Wald als Tabuzone zu deklarieren, sei angesichts des fortschreitenden Zunahme der Waldfläche überholt. Jene 43 Hektaren, die für das umstrittene Projekt der Waldstadt «Bremer» für 8000 bis 9000 Personen bei Bern gerodet werden müssten, entsprächen jener Fläche, die in der Schweiz alle 14 Tage neu von Wald und Gehölz zugedeckt werde.

Nein sagen die Gewerbler inklusive des Dachverbandes Hotelleriesuisse zu staatlichen Eingriffen in den Wohnungsmarkt – das behindere private Investitionen – sowie zu weiteren Verschärfungen der Lex Koller. Dieses Regelwerk soll bleiben, wie es ist.

### **i Die nächste RPG-Revision**

P. S. · Der Bund will die nächste Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG 2) im dritten Quartal dieses Jahres in die Vernehmlassung geben. Damit reagiert er auf eine Bitte der kantonalen Baudirektoren, des Städteverbandes und des Gemeindeverbandes. Diese hatten gemeinsam darum ersucht, die ursprünglich für den Juni terminierte Vernehmlassungseröffnung zu verschieben. Dies, weil sie gegenwärtig vollumfänglich mit Massnahmen zum Vollzug der im letzten Jahr beschlossenen und auf den 1. Mai in Kraft gesetzten ersten RPG-Revision beschäftigt seien. Seriöse und fundierte Stellungnahmen zu RPG 2 seien so noch nicht möglich. Der nächste Reformschritt resultiert wie die im letzten Jahr beschlossene Revision aus dem Verzicht darauf, das Raumplanungsgesetz, wie ursprünglich vorgesehen, durch ein umfassenderes Raumentwicklungsgesetz abzulösen. Aspekte von RPG 2 sind unter anderem Vorschriften für das Bauen ausserhalb von Bauzonen oder die koordinierte Planung über Kantonsgrenzen hinweg.

MEHR ZUM THEMA

**Landschaftsbild kollidiert**

Donnerstag, 10. April, 09:00

**Landschaftsschützer**

Mittwoch, 2. April, 19:59

**Raumplanung**

**Der Verteilkampf im Aargau ist entbrannt**

27. September 2013, 08:00

**Revision des Raumplanungsgesetzes**

**Umstrittene Konkretisierung**

7. November 2013, 10:44

---

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTES SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.